

Vorderasien

01) Expo 2020 (Dubai): Michelangelos David darf nackt nicht gezeigt werden, um Muslime nicht zu verärgern

02. 10. 2021



Bildquelle: VoxNews

Der italienische Pavillon auf der Expo 2020 in Dubai wurde unter dem Titel „Beauty Unites People“ mit einer Eröffnungsfeier, an der Vertreter der Regionen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur aus dem ganzen Land teilnahmen, für die Öffentlichkeit aus aller Welt eröffnet.

Die Kopie des David von Michelangelo, einer Ikone der Renaissance, ist allerdings nur teilweise – der Kopf und ein Teil des Oberkörpers – zu sehen, um die Muslime nicht zu verärgern.

Der komplette David wurde zensiert, um die „Empfindlichkeiten“ des Gastlandes nicht zu verletzen: Der Kopf taucht aus einem achteckigen Loch im Boden des oberen Stockwerks des Pavillons auf, in einem runden Raum, der mit Mosaiken bedeckt ist, die an die byzantinische Kunst der Galla Placidia erinnern. Der Körper hingegen ist in diesem achteckigen Loch nach unten versenkt, d.h. der Rest des David ist für den normalen Betrachter nicht sichtbar.

Ein Italiener, der an dem Projekt mitgearbeitet hat, erklärte: „Wir haben sogar daran gedacht, ihm Unterwäsche anzuziehen, aber die Zeit war zu knapp. Wir haben zu spät erkannt, dass es ein Fehler war, die Statue eines nackten Mannes in die Emirate zu bringen“.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d o s t a s i e n

02) Malaysia: Regierung will Scharia weiter etablieren – 30 Jahre Haft für „Abfall vom Islam“

01. 10. 2021



In Malaysia wurde eine Gesetzesnovelle angekündigt, die Christen und andere religiöse Minderheiten stark beunruhigt. Die jetzt von der Regierung präsentierte Beschlussvorlage würde der Scharia (islamisches Recht) erheblich mehr Einfluss auf die geltende Rechtsprechung verschaffen. Das hätte besonders für Christen muslimischer Herkunft weitreichende Konsequenzen.

30 Jahre Haft für Abfall vom Islam?

Die vorgeschlagene Änderung mit dem Kürzel RUU355 wurde zuletzt zusammen mit vier neuen Gesetzen und sieben Änderungen bestehender Gesetze vom malaysischen Minister für religiöse Angelegenheiten angekündigt. Alle zielen darauf ab, die bestehenden Scharia-Gerichte weiter zu stärken.

Mia Hapsah* ist eine lokale Partnerin von Open Doors und erläutert die jüngste Entwicklung in ihrem Land. Eine Konsequenz für Christen muslimischer Herkunft wäre, dass sie im Fall einer Verurteilung wegen einer Straftat mit höheren Geldstrafen rechnen müssen. Hapsah verdeutlicht das am Beispiel von »Apostasie« [Abkehr vom islamischen Glauben]: »In den meisten Landesteilen kann Apostasie bereits mit Geld- und/oder Freiheitsstrafen geahndet werden. In einigen Bundesstaaten ist dafür ein Jahr Gefängnis vorgesehen. In anderen Staaten sind es zwei Jahre. Aber jetzt, durch RUU355, wird eine maximale Haftzeit von 30 Jahren vorgeschlagen! Es gibt keine Straftat im Geltungsbereich der malaysischen Scharia, die ein solches Strafmaß rechtfertigen könnte!«

Mögliches Szenario: Christen unter Scharia-Recht

Zusätzlich zu den vorgeschlagenen Änderungen wird derzeit ein Gesetz zur Kontrolle und Einschränkung der Verbreitung nicht-muslimischer Religionen erarbeitet. Dadurch werden möglicherweise auch Nicht-Muslime unter das Scharia-Recht gestellt. »Dies hat bei den Nicht-Muslimen weitere Besorgnis ausgelöst, da die Scharia laut Verfassung für Nicht-Muslime nicht bindend ist«, erklärt Hapsah.

[Weiterlesen.](#)



Kuppel einer Moschee in Malaysia

Malaysia: Regierung will islamisches Recht weiter etablieren

Beobachter warnen vor möglichen Folgen für Christen und andere Nicht-Muslime.

In Malaysia wurde eine Gesetzesnovelle angekündigt, die Christen und andere religiöse Minderheiten stark beunruhigt. Die jetzt von der Regierung präsentierte Beschlussvorlage würde der Scharia (islamisches Recht) erheblich mehr Einfluss auf die geltende Rechtsprechung verschaffen. Das hätte besonders für Christen muslimischer Herkunft weitreichende Konsequenzen.

30 Jahre Haft für Abfall vom Islam?

Die vorgeschlagene Änderung mit dem Kürzel RUU355 wurde zuletzt zusammen mit vier neuen Gesetzen und sieben Änderungen bestehender Gesetze vom malaysischen Minister für religiöse Angelegenheiten angekündigt. Alle zielen darauf ab, die bestehenden Scharia-Gerichte weiter zu stärken.

Mia Hapsah* ist eine lokale Partnerin von Open Doors und erläutert die jüngste Entwicklung in ihrem Land. Eine Konsequenz für Christen muslimischer Herkunft wäre, dass sie im Fall einer Verurteilung wegen einer Straftat mit höheren Geldstrafen rechnen müssen. Hapsah verdeutlicht das am Beispiel von »Apostasie« [Abkehr vom islamischen Glauben]: »In den meisten Landesteilen kann Apostasie bereits mit Geld- und/oder Freiheitsstrafen geahndet werden. In einigen Bundesstaaten ist dafür ein Jahr Gefängnis vorgesehen. In anderen Staaten sind es zwei Jahre. Aber jetzt, durch RUU355, wird eine maximale Haftzeit von 30 Jahren vorgeschlagen! Es gibt keine Straftat im Geltungsbereich der malaysischen Scharia, die ein solches Strafmaß rechtfertigen könnte!«

Problematisch ist nach Hapsahs Bewertung auch, dass RUU355 nicht im Detail ausführt, welche Vergehen mit solchen Strafen geahndet werden können. Dadurch könne das Gesetz leicht missbraucht werden. Sie sagt: »Diese Novelle würde Christen, insbesondere ehemalige Muslime, in eine gefährliche Lage bringen. Sie leben bereits jetzt mit der Angst, nach dem geltenden Scharia-Gesetz verurteilt zu werden; diese Gesetzesänderungen würden ihre Situation noch verschlimmern.«

Beobachter befürchten Bruch der geltenden Verfassung

Manche Beobachter fürchten, dass RUU355 künftig auch zur Einführung drakonischer Körperstrafen wie Auspeitschen, Amputation von Körperteilen oder Todesstrafe führen könnte. Für Hapsah* wäre dies ein Bruch der geltenden Verfassung: »Malaysia wurde als säkularer Staat konzipiert und nicht als theokratischer Staat. Es wurde klargestellt, dass der Staat keiner bestimmten Religion Privilegien oder Vorteile gewährt. In den letzten drei Jahrzehnten hat Malaysia aber begonnen, Merkmale eines islamischen Staates zu zeigen. Die Rolle der Religion hat in Politik, Recht und Verwaltung deutlich zugenommen.« »Sollte das Gesetz in Kraft treten, wird Malaysia wie ein weiteres Taliban-Land«, sagte der ehemalige Geschäftsführer der Denkfabrik IDS Johan Ariffin Samad gegenüber Free Malaysia Today. Es gebe keinen Grund, neue Scharia-Gesetze einzuführen, da die vorhandenen ausreichend seien.

Mögliches Szenario: Christen unter Scharia-Recht

Zusätzlich zu den vorgeschlagenen Änderungen wird derzeit ein Gesetz zur Kontrolle und Einschränkung der Verbreitung nicht-muslimischer Religionen erarbeitet. Dadurch werden möglicherweise auch Nicht-Muslime unter das Scharia-Recht gestellt. »Dies hat bei den Nicht-Muslimen weitere Besorgnis ausgelöst, da die Scharia laut Verfassung für Nicht-Muslime nicht bindend ist«, erklärt Hapsah.

*Name geändert

Quellen: Free Malaysia Today, Open Doors

Informationen zum Land



Malaysia

Malaysia ist ein multiethnischer Staat, in dem die Malaien als Sunniten die Mehrheitsethnie bilden und auf Kosten der ethnischen Minderheiten bevorzugt werden. Die individuellen Freiheiten sind eingeschränkt, einschließlich der Meinungs-, der Vereinigungs- und der Religionsfreiheit. Katholiken wie Methodisten werden von den Behörden überwacht. Mehr im Fokus der Überwachung stehen Mitglieder protestantischer Freikirchen, wie sie vermehrt über ihren Glauben sprechen. Islamistische Parteien, wie beispielsweise die Malaysian Islamist Party, die bereits Teil der Bundesregierung ist und gegen ethnische und religiöse Minderheiten hetzt, versuchen, die derzeitige politische Instabilität auszunutzen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ostasien

03) Poker in Ostasien – Korea zieht die Daumenschrauben an

Von URSULA STENZEL

01. 10. 2021



Eines muss man dem nordkoreanischen Regime lassen: Es versteht es meisterhaft die Daumenschrauben anzuziehen und dies nun schon seit gut zwei Jahrzehnten.

Laut eigenen Angaben wurde eine neue Hyperschallrakete des Typs HWASONG-8 getestet, eine strategische Waffe, die mit fünffacher Schallgeschwindigkeit fliegt und schon allein deswegen eine Bedrohung für die USA darstellt. Denn wenn diese Rakete hält, was sie verspricht, dann ist sie für Antiraketensysteme kaum angreifbar.

Auffallend war, dass bei diesem Test Machthaber Kim Yong Un nicht anwesend war, sondern Generalstabschef Pak, der zwar im Juni vom Marschall zum Vizemarschall herabgestuft wurde, der im Gegensatz zu zwei anderen hohen Militärs, die ihre Funktionen verloren, seine aber behielt. Er soll laut nordkoreanischen Quellen das Vertrauen Kims genießen. Wie immer dem sei, die Umbesetzungen in der militärischen Führung Nordkoreas deuten auf Machtkämpfe hin.

Der von den nordkoreanischen Medien bekanntgegebene Test der Superwaffe wurde natürlich von Südkorea, Japan und den USA registriert, aber noch nicht bewertet. Die Reaktion des südkoreanischen Ministerpräsidenten Moon Yae in ist bemerkenswert zurückhaltend. Man müsse erst eine umfassende Analyse vornehmen. Die zwei Kurzstreckenraketen-Tests, die Nordkorea fast zeitgleich durchführte, bezeichnete er hingegen als Provokation. Diese sind für Seoul auch wesentlich bedrohlicher.

Auf allen Ebenen erhöht das kommunistische Regime in Nordkorea den Druck: Auch die Produktion atomwaffenfähigen Plutoniums und die Urananreicherung wurden wieder angeworfen und die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien bleiben nach wie vor ausgesperrt. Nordkorea pokert.

Die nordkoreanischen Strategen haben ein „Gespür“ fürs Timing: rechtzeitig vor Amtsantritt des neuen japanischen Ministerpräsidenten Fumio Kishida lassen sie die Raketen steigen. Sie nützen das Schwächeln Bidens. Dieser steht nämlich nach dem Afghanistan Debakel in der Kritik seines Generalstabschefs und das in aller Öffentlichkeit vor dem amerikanischen Kongress. Er habe Biden von einem raschen Abzug aus Afghanistan abgeraten und sei auch für die Beibehaltung einer Resttruppe von 2000 Mann gewesen. Biden hatte zuvor vor eben diesem Kongress das Gegenteil behauptet: Er räumte zwar operative Fehler ein, aber einen derartigen Rat habe er nie erhalten. Die Führung des US Militärs sei hinter seiner Entscheidung gestanden. Viel schlimmer kann es um den amerikanischen Präsidenten wohl nicht mehr stehen.

Nordkorea nützt dieses Machtvakuum in Washington ungeniert, um eines zu erzwingen: ein Ende der Sanktionen und ein Überleben des Regimes. Für Nordkorea ist die strategische Hochrüstung auf Kosten der Bevölkerung und seiner immer an Hungerkatastrophen vorbeischarmenden Mangelwirtschaft die einzige Rückversicherung für ihr Überleben. Biden scheint diese Muskelspiele zu ignorieren. Er konzentriert sich auf die Macht, die Nordkoreas Überleben garantiert und den USA die Weltmachtrolle streitig macht: nämlich die Volksrepublik China. Um sie in die Schranken zu weisen, wird er Australien mit dem modernsten atomgetriebenen U-Boot Typ beliefern und hat Frankreich aus dem Rennen geworfen. Dies ist nicht nur ein Schlag für Frankreich, das im westlichen Verteidigungsbündnis seit De Gaulle ein Außenseiter in der NATO war, sondern auch einer für die NATO insgesamt. „Sie ist tot“, sagte schon der ungeliebte republikanische Amtsvorgänger Trump, Biden gibt ihr nun den Rest. Er schert sich wenig um die Befindlichkeiten der NATO-Verbündeten und die der EU. Seine Stoßrichtung ist eindeutig auf den Pazifik ausgerichtet und nicht auf den Atlantik und das Nach-Brexit Großbritannien schwimmt in diesem Kielwasser mit.

Wird nun die seit Bestehen der EU vor sich hindümpelnde europäische Sicherheits- und Außenpolitik, GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik genannt – angeblich eine der tragenden Säulen der Rest-EU, wichtiger? Sie ist ein schwaches Pflänzchen und wird es auch bleiben, denn:

- erstens ist Frankreich nicht gewillt, sich in seine „Force de Frappe“ von Berlin hineinpfuschen zu lassen und

- zweitens hat auch in einer geschwächten westlichen Verteidigungsstruktur nur einer das Sagen, nämlich die USA und dies wird sich auch unter Biden nicht ändern. Eine autonome Europäische Sicherheitspolitik ohne Einbindung in Nato-Strukturen ist nicht denkbar.

Damit wird sich auch eine künftige deutsche Bundesregierung, ob nun unter Scholz, was sehr wahrscheinlich ist, oder unter Laschet, was mit jedem Tag unwahrscheinlicher wird, auseinandersetzen müssen.

Zur Autorin:

Ursula Stenzel war von 1972 bis 1995 ORF Auslandsredakteurin, vielen Zuschauern der Zeit im Bild als Moderatorin bekannt, von 1996 bis 2005 Abgeordnete zum Europaparlament und Leiterin der ÖVP Delegation, von 2005 bis 2015 Bezirksvorsteherin des ersten Bezirks in Wien, von 2015 bis 2020 Stadträtin für die FPÖ im Wiener Rathaus. Da sie nun unabhängig und parteiungebunden schreiben will, ist sie aus der Freiheitlichen Partei ausgetreten, der sie aber nach wie vor nahe steht. Stenzel schreibt regelmäßig auf ihren Blog [ursula-stenzel.at](https://www.ursula-stenzel.at).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Australien

04) Australien: Ungeimpfte werden „ausgestoßen“ und dürfen künftig hungern – Polen protestiert offiziell

04. 10. 2021



Eine neue Facette der Corona-Diktatur in Australien zeigt sich in den immer bedrohlicheren Ankündigungen offener Gewalt gegen „Ungeimpfte“ diverser Regierungsverantwortlicher, vor allem der Bundesstaaten New South Wales und Victoria. Siehe auch die Serie von Unser Mitteleuropa über die Zustände in „Down Under“ am Ende des Artikels. Nun sorgt der Premier von Victoria, Daniel Andrews, für weltweite Empörung. Gegen Corona ungeimpfte Menschen sollen laut seinen Aussagen künftig von der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Ungeimpfte aussperren und hungern lassen

In einem vor Arroganz strotzenden Interview betont Andrews seine Abneigung und Ablehnung für Arbeiter, die sich dem ab 15. Oktober geltenden Impfwang widersetzen (Bei Protesten dagegen wurden Arbeiter ja sogar von der eigenen Gewerkschaft angegriffen!). Für „Verweigerer“ gäbe es keine Nachsicht, diese werden künftig einfach aus der australischen Gesellschaft ausgesperrt. Das sei einfacher, als alle Menschen nochmals mit Lockdowns zu drangsalieren.

Auf Journalistenfragen nach Freiheit und Grundrechten wollte der Premier von Victoria erst gar nicht eingehen. Freiheit gäbe es erst wieder, wenn man eine „geimpfte Gesellschaft“ erreiche. Quintessenz, und das ließ Andrews mehrmals anklingen, ist, dass Ungeimpfte ihren Job und auch ihren Platz in der Gesellschaft verlieren und quasi zum Hungern verdammt sind. Hier das Interview:

Polnische Abgeordnete protestieren vor australischer Botschaft

International sorgt das brutale Vorgehen Australiens gegen Impfgegner, Corona-Kritiker und Menschen, die generell nicht auf Regierungslinie sind, mittlerweile für Schlagzeilen und auch Proteste. In den USA forderten Republikaner bereits Sanktionen gegen Australien aufgrund des inhumanen Vorgehens der dortigen Polizei gegen Corona-Demonstranten.

In Polen setzten wiederum einige Abgeordnete ein mutiges Zeichen gegen die Vorgänge und Entwicklungen in Australien. Sie hielten eine Friedens- und Freiheits-Pressekonferenz vor der australischen Botschaft ab und verwiesen darauf, dass in Australien Zustände wie in Nordkorea und nicht wie in einer Demokratie herrschen würden. Man verurteilte die Gewalt gegen friedliche Demonstranten sowie die massiven Freiheitseinschränkungen:

Air New Zealand führt Impfpflicht bei Flügen ein

Im streng sozialistisch regierten Nachbarland Neuseeland – Vorreiter in Sachen Covid-19-Internierungslager, siehe unten – führt hingegen die [erste Fluglinie eine Covid-Impfpflicht](#) nicht nur für Personal, sondern auch für Passagiere ein. International Reisende müssen ab Februar 2022 geimpft sein, um an Bord zu dürfen. Australiens Fluglinie Qantas war bekanntlich die erste weltweit, die einen Impfwang für Reisende einführte.

Lesen Sie mehr zur Corona-Diktatur in Australien (und Neuseeland) in unserer Serie:

-
- [Corona-Diktatur Australien, wo gegen Corona-Politik protestierende Arbeiter von der Gewerkschaft angegriffen werden](#)
 - [Strandalltag in der neuen Normalität der Corona-Weltordnung \(VIDEO\)](#)
 - [Neues aus der Corona-Diktatur: Geimpfte „dürfen“ 1 Stunde ins Freie und maximal 5 Personen treffen](#)

- [Australien baut erste „Quarantäne-Lager“ und lässt Tierheimhunde wegen Corona erschießen](#)
- [Australische Behörden raten: Bürger sollen sich wegen Corona „nicht wie Menschen verhalten“](#)
- [Australische Regierung ruft nach der „Corona-Dehumanisierung“ nun offen zum Spitzeltum auf](#)
- [Australien: „Bevollmächtigte“ können Widerspenstige zum Impfen zwingen](#)
- [Australien: Corona-Wahn von seiner besten Seite](#)
- [Nach Neuseeland: Auch Deutschland errichtet eigene Lager für „Quarantänebrecher“](#)
- [Neuseeland: Erkrankte und Familien werden zwangsweise in „Corona-Lager“ gesperrt!](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Amerika

05) USA: 44 % der Täter im Jahr 2020 waren Schwarze (13,4 % der Bevölkerung)

29. 09. 2021



Bildquelle: Breizh-info

Dies sollte einige fanatische „Black lives matter“-Anhänger zum Nachdenken anregen: 44 % der US-Straftäter im Jahr 2020 waren Schwarze oder Afroamerikaner (13,4 % der Bevölkerung), wie aus dem jüngsten FBI-Bericht über die Kriminalität im Jahr 2020 in den USA hervorgeht; dem Bericht zufolge hat sich auch die Zahl der Tötungsdelikte in den USA innerhalb von zwei Jahren verdoppelt.

Erinnern wir uns daran, dass in den USA laut der letzten Volkszählung 2017 Hispanics 18 % der Bevölkerung ausmachten, Schwarze 13,4 % und die sogenannten WASP-Weißen 60 %; 5 % waren Asiaten und 1,2 % Native Americans.

Aus dem FBI-Bericht:

Zunächst ist zu beachten, dass das FBI seinen Bericht auf 9.991 Strafverfolgungsbehörden stützt, die Daten an das National Incident-Based Reporting System (NIBRS) übermittelt haben, was 53 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Die Hälfte des Landes hat also noch keinen Bericht vorgelegt, aber die Zahl von 53 % ist signifikant genug, um berücksichtigt zu werden, auch wenn diese Analyse in Zukunft noch weiter vertieft werden muss.

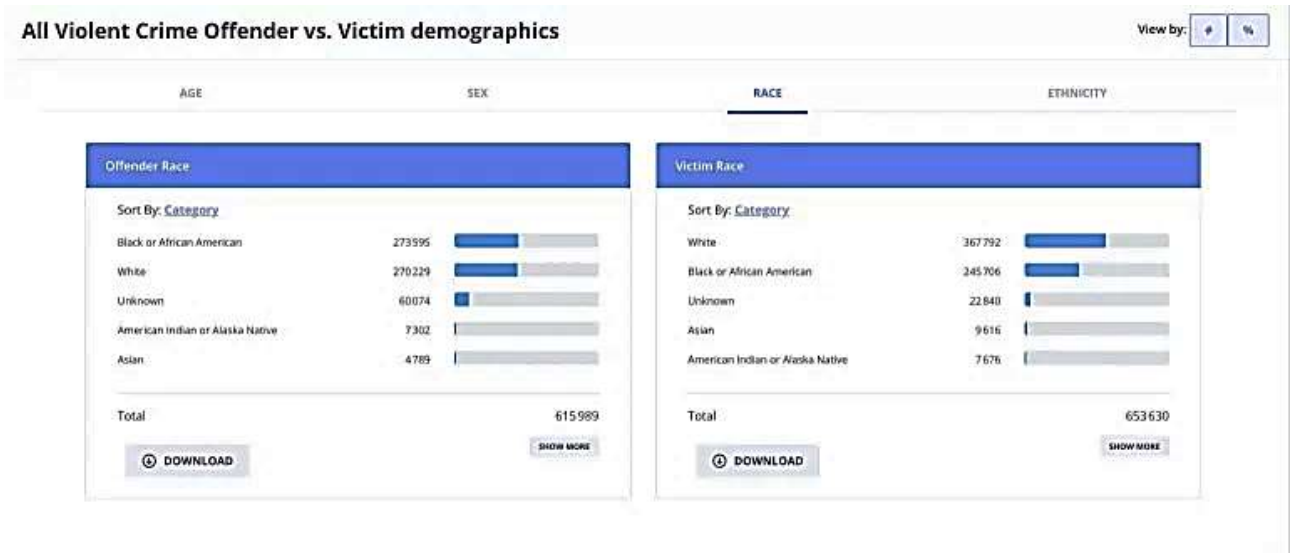
Im Jahr 2020 wurden in den Vereinigten Staaten 538.203 Gewaltverbrechen und 640.836 Ordnungswidrigkeiten gemeldet, was das FBI zu der Aussage veranlasst, dass es, basierend auf dem Prozentsatz der gemeldeten Zahlen, „im Jahr 2020 schätzungsweise 1.277.696 Gewaltverbrechen geben wird“. Im Vergleich zur Schätzung für 2019 ist die geschätzte Zahl der Raubdelikte um 9,3 % und die geschätzte Zahl der Vergewaltigungsdelikte um 12,0 % gesunken. Die geschätzte Zahl der Straftaten wegen schwerer Körperverletzung stieg um 12,1 Prozent und die Zahl der Straftaten wegen Mordes und fahrlässiger Tötung stieg um 29,4 Prozent. Landesweit gab es schätzungsweise 6.452.038 Eigentumsdelikte. Die geschätzten Zahlen für zwei der drei Arten von Eigentumskriminalität liegen unter den Schätzungen des Vorjahres. Einbruchdiebstähle gingen um 7,4 Prozent zurück, bewaffnete Raubüberfälle um 10,6 Prozent, während Kraftfahrzeugdiebstähle um 11,8 Prozent zunahmen.

Die Gewaltkriminalität umfasst vier Straftaten: Tötung (Mord und Totschlag), Vergewaltigung, Raub und schwere Körperverletzung. Gewaltverbrechen sind mit Gewalt oder der Androhung von Gewalt verbunden.

Die Zahl der Tötungsdelikte ist in den letzten zwei Jahren erheblich gestiegen.

Auf nationaler Ebene waren von den 53 % der nationalen Datei, auf die das FBI Zugriff hat, 273.595 Täter schwarz oder afroamerikanisch, während 270.229 weiß oder weiß-identifiziert waren (73 % der Bevölkerung). Es ist klar, dass es bei der Kriminalität ein großes Missverhältnis zwischen den Rassen gibt. Zumal, wenn man genau hinsieht, 367.792 weiße Opfer und 245.706 schwarze Opfer sind.

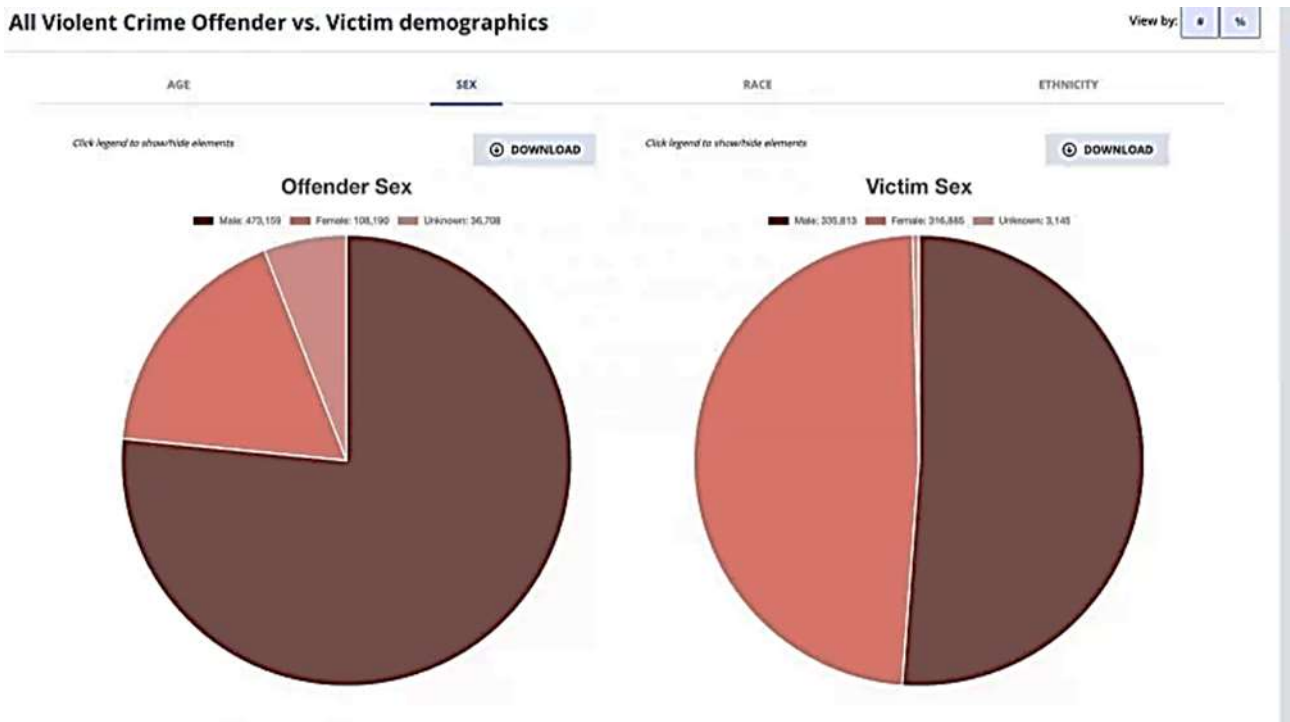
Bei Straftaten, an denen Asiaten beteiligt waren, gab es 4789 Täter und 9616 Opfer. Eine Kriminalitätsrate von 0,7 % für eine Gemeinde, in der 5 % der Bevölkerung leben. Proportional gesehen ist das Ergebnis das Gegenteil der Kriminalitätsrate der schwarzen Bevölkerung.



In der schwarzen Bevölkerung ist daher sowohl der Anteil der Täter als auch der Anteil der Opfer deutlich höher. Im Jahr 2020 wurden in den USA 9630 Tötungsdelikte gemeldet, von denen 5832 von Schwarzen und 3981 von Weißen oder Hispanics begangen wurden und von denen 5839 auf Schwarze und 4167 auf Weiße oder Hispanics zielten.

Von den 65.728 Vergewaltigungen wurden 39.470 von Weißen (7.271 von Hispanics) und 18.311 von Schwarzen begangen. Die meisten Opfer sind weiß (49.229, darunter 8.261 Hispanoamerikaner) und 13.499 schwarz.

Außerdem sind Männer bei den erfassten Straftaten in der Mehrheit, sowohl bei den Tätern [473 159] als auch bei den Opfern [335 813].



Was die „Hassverbrechen“ betrifft, auf die sich die westeuropäische Mainstream-Presse gerne stürzt, wenn es um die Vereinigten Staaten geht, so geben die Zahlen Anlass zu Relativismus.

Die FBI-Statistiken für das Jahr 2020 über Hassverbrechen im Land basieren auf Daten, die von 15.055 der 18.623 Strafverfolgungsbehörden des Landes in diesem Jahr übermittelt wurden. Das FBI-Programm definiert ein Hassverbrechen als eine Straftat, die ganz oder teilweise durch die Voreingenommenheit des Täters gegenüber einer Rasse, Religion, Behinderung, sexuellen Ausrichtung, ethnischen Zugehörigkeit, einem Geschlecht oder einer Geschlechtsidentität motiviert ist.

Von den 7.426 Hassverbrechen, die im Jahr 2020 als Verbrechen gegen Personen eingestuft wurden [d. h. weniger als 1 % aller Verbrechen in den USA], waren 53,4 % Einschüchterungsdelikte, 27,6 % einfache Übergriffe und 18,1 % Übergriffe und Einschüchterungsdelikte. Zweiundzwanzig Morde und 19 Vergewaltigungen wurden als Hassverbrechen gemeldet. Die übrigen 27 Hassverbrechen wurden als „andere“ gemeldet.

Von diesen „Hassverbrechen“ [um sie im Vergleich zu den 538.000 gemeldeten Verbrechen und den geschätzten 1,2 Millionen in den gesamten USA im Jahr 2020 ins rechte Licht zu rücken] waren 4.939 rassistisch motiviert [2.755 von schwarzen oder schwarzen Amerikanern, was bedeutet, dass von diesem kleinen Prozentsatz rassistisch motivierter Verbrechen schwarze oder Afroamerikaner die große Mehrheit der Opfer sind, vor 773 Weißen und 676 Juden].

Darüber hinaus bezogen sich 1051 Hassverbrechen auf die sexuelle Ausrichtung und 1174 auf die Religion. Von den Tätern dieser Hassverbrechen waren 55 % Weiße [einschließlich Hispanics] und 20,2 % Schwarze, was wiederum zeigt, dass ein verhältnismäßig größerer Prozentsatz von Schwarzen [im Verhältnis zu ihrer Demografie] für Hassverbrechen verantwortlich ist als Weiße.

Das ist Lichtjahre entfernt von bestimmten Artikeln in der Mainstream-Presse, die praktisch die Rückkehr des KKK ins Land beschwören, wo man endlich erkennt, dass es Schwarze und Afroamerikaner sind, die in den USA in der kriminellen Kategorie in der Mehrheit sind, während sie auch in der Opferrolle in der Mehrheit sind, was die Schriften mehrerer amerikanischer Analysten bestätigt, die erklären, dass Schwarze in den Vereinigten Staaten weit davon entfernt sind, Opfer eines rassistischen Systems zu sein, und sich vor allem innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft gegenseitig töten, überfallen und vergewaltigen.

Kriminalität in den USA im Jahr 2020: weitere Statistiken

Auch andere Statistiken sind interessant:

Das FBI [schätzt](#), dass die Strafverfolgungsbehörden im Jahr 2020 landesweit 7,6 Millionen Verhaftungen [ohne Verhaftungen im Zusammenhang mit Verkehrsverstößen] vornehmen werden. Davon waren 3.771.245 Weiße, von denen die meisten von der Polizei festgenommen wurden, und 1.413.290 Schwarze oder schwarze Amerikaner. Auch hier werden die Hispanics den Weißen zugeordnet, was genauere Statistiken nicht zulässt.

Die Verhaftungsrate für Gewaltverbrechen lag bei 147,9 pro 100.000 Einwohner, und die Verhaftungsrate für Eigentumsverbrechen lag bei 267,3 pro 100.000 Einwohner. Aufgeschlüsselt nach Gewaltdelikten lag die Verhaftungsrate für Mord und Totschlag bei 3,8

pro 100.000 Einwohner, für Vergewaltigung [Gesamtzahl nach der neuen und der alten Definition] bei 6,3, für Raub bei 21,0 und für schwere Körperverletzung bei 116,8 pro 100.000 Einwohner.

Bei den Eigentumsdelikten lag die Verhaftungsquote für Einbruchsdiebstahl bei 45,7 pro 100.000 Einwohner, für Bagatelldiebstahl bei 193,1 und für Kraftfahrzeugdiebstahl bei 25,5. Die Verhaftungsrate für Brandstiftung lag bei 3,0 pro 100.000 Einwohner.

Im Jahr 2020 meldeten 13.377 Strafverfolgungsbehörden dem FBI. Diese Behörden gaben an, dass sie zum 31. Oktober 2020 insgesamt 696.644 vereidigte Beamte und 309.135 Zivilisten beschäftigten, was einer Quote von 3,4 Mitarbeitern pro 1.000 Einwohner entspricht.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER